

Bericht des Vorstandes - 5.Plenum 21.03.2018, Eveline Lämmer, Vorsitzende

- Es gilt das gesprochene Wort -

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Mitglieder des LSBB,

wir leben in einer interessanten Zeit, mit sich ständig rasant ändernden gesellschaftlichen Bedingungen und Anforderungen.

Nach dem nun die Bundeskanzlerin und die 15 Mitglieder ihres Kabinetts im Bundestag vereidigt sind, hat Deutschland 171 Tage nach der Bundestagswahl eine neue Regierung von CDU, CSU und SPD.

Die alte Koalition ist auch die neue.

Die Erwartungshaltung der Menschen ist groß.

Es gibt zahlreiche Beispiele der letzten Jahre, Monate und Wochen, wo Entscheidungen der Bundesregierung ausblieben.

Um nur ein Beispiel zu nennen.

Pünktlich zum Start der Kältehilfe für obdachlose Menschen in Berlin haben Wohlfahrtsverbände den Senat und die Bundesregierung scharf kritisiert.

Die Bundesregierung wurde aufgefordert, sich der zunehmenden Wohnungs- und Obdachlosigkeit in Deutschland anzunehmen.

Während 2017 wohnungslose Menschen im Tiergarten noch als ordnungspolitisches Problem betrachtet wurden, stand Berlin im Winter 2018 vor ganz anderen Herausforderungen. Es war an der Zeit endlich damit zu beginnen, die Obdachlosigkeit zu bekämpfen und nicht die Obdachlosen.

In diesem Jahr bot die Senatssozialverwaltung in Berlin 1200 Übernachtungsplätze für obdachlose Menschen in Einrichtungen der Caritas, der Diakonie und des Deutschen Roten Kreuzes an. Der Senat zahlte 17 Euro für einen Schlafplatz.

In Berlin gibt es nach Schätzungen der Wohlfahrtsverbände etwa 40.000 wohnungslose Menschen. Davon leben zwischen 4000 und 6000 Obdachlose auf der Straße. Um ihnen im Winter ein Dach über dem Kopf zu bieten und sie vor dem Erfrieren zu bewahren, öffnen bis Ende März Notübernachtungen und Nachtcafés.

Mit 1200 Schlafplätzen in diesem Winter hat der Senat erstmals so viele Notübernachtungen eingerichtet wie noch nie zuvor in der langjährigen Geschichte der Kältehilfe.

Aber es fehlen nicht nur Plätze in Notübernachtungen und Wohnungen, sondern es fehlt auch an sozialer Betreuung und Beratung.

Gebraucht werden bezahlbare Wohnungen statt „Unterkünfte“, denn die Kältehilfe ist nur eine reine Überlebenshilfe. Wohnungspolitische gesetzesbindende Entscheidungen müssen nun aber wieder auf der Bundesebene getroffen werden.

Wir unterstützen als LSBB das Vorhaben des Berliner Senates eine gesamtgesellschaftliche Strategie gegen Obdachlos- und Wohnungslosigkeit zu erstellen und wollen uns als Interessenvertretung Älterer am Prozess der Erarbeitung beteiligen.

Denn nach der Zeit der Kälte sind die Menschen wieder auf der Straße.

Sehr verehrte Damen und Herren,

der Vorstand tagte entsprechend des beschlossenen Terminplans am 23.01. und 27.02.2018. An diesem Tag fand im Anschluss eine Koordinierungsberatung mit der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales statt.

Die Beratungen konzentrierten sich auf die Vorbereitung unseres heutigen Plenums. Schwerpunkte waren die Befassung mit dem Jahrestätigkeitsbericht 2017 und unsere Stellungnahme zum Entwurf des Mobilitätsgesetzes (Allgemein, ÖPNV, Radverkehr).

Beide Dokumente liegen ihnen heute vor.

Bericht des Vorstandes - 5.Plenum 21.03.2018, Eveline Lämmer, Vorsitzende

- Es gilt das gesprochene Wort -

Die Erarbeitung des Abschnitts für den Fußverkehr soll nach Auffassung der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz in ähnlicher Weise wie die Entwicklung des Radverkehrsteils erfolgen. „Die AG Verkehr und Mobilität“ sollte umgehend mit der Sammlung von Ideen und Vorschlägen beginnen. Die erste Frist der Einreichung war der 06.März. Am 20.03. fand die Auftaktveranstaltung zum Thema Fußverkehr im Mobilitätsbeirat statt und am 03.04. hat uns der verkehrspolitische Sprecher der Fraktion DIE Linke zu einem Austausch ins Abgeordnetenhaus eingeladen.

Der Vorstand drückt seine Erwartung aus, dass sich die AG „Verkehr und Mobilität“ in diesen Prozess konstruktiv und wirkungsvoll einbringt. Im Vordergrund sollten dabei die Ermittlung möglicher Konfliktsituationen und die Erarbeitung von Maßnahmen zur Konfliktvermeidung stehen.

Erfreulicherweise haben mehrere AGs ihre Tätigkeit aufgenommen. Die übergebenen Protokolle sind sehr hilfreich und informativ. Keine der AG hat nach der Geschäftsordnung die Verpflichtung zur Erstellung eines Protokolls. Das sie dennoch erstellt werden, dient der Verbesserung der Kommunikation und Information.

Ich möchte besonders würdigen, dass sich die AGs zwar explizit mit ihrem Thema befasst haben, dass sie aber alle auch den ressortübergreifenden Zusammenhang einbeziehen. Ich zitiere aus dem Protokoll: Die AG „Wohnen im Alter wird die weitere Beratung des Mobilitätsgesetzes intensiv verfolgen“ Zitat Ende.

Der Vorstand wird entsprechend der Bitte der AG einen erneuten Antrag auf Aufnahme in den Begleitkreis zum STEP Wohnen 2030 stellen. Damals im April 2017 wurde der Antrag abgelehnt. Ein erneuter Versuch ist es dennoch wert.

Dieser ressortübergreifende Ansatz, dass Mitdenken des Ganzen, ist ein wesentliches Merkmal der Arbeit in den AG. Er wird uns in der Arbeit weiterbringen.

Damit geben wir auch ein Beispiel für den Berliner Senat!

Die 3,7 Millionen Menschen dieser Stadt und insbesondere auch die Älteren, empfinden das Leben auch immer komplex und nicht in themenspezifischen Ressorts.

Die Mitglieder der AG Leitlinien haben sich ebenfalls erstmalig getroffen.

Sie werden den Fortschreibungsprozess und die Erarbeitung von Stellungnahmen zum Aktualisierungsbedarf der Leitlinien beim Berliner Senat kritisch begleiten und sich zugleich konstruktiv einbringen.

Diese AG wird überhaupt nur dann arbeitsfähig, wenn sie Stellungnahmen aus allen AGs bekommt. Im Verlauf des heutigen Plenums werden sich ja die Fachsprecher noch zu Wort melden.

Die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales hat die Organisation der Auftaktgespräche zu seniorenpolitische Leitlinien mit einzelnen Senatsressorts vorangetrieben. Wir haben an 10 Gesprächen teilgenommen. Dabei waren 8 Senatsverwaltungen und die Senatskanzlei einbezogen.

Ich möchte mich im Namen des Vorstandes bei allen bedanken, die an den Gesprächen teilgenommen haben. Sie haben sich konstruktiv, kompetent und engagiert eingebracht.

Mitglieder des Vorstandes und des LSBB haben zudem an mehreren öffentlichen Veranstaltungen und Gremien- Beratungen teilgenommen.

So z.B.

24.01. Jahresempfang des Ehrenamt Netzwerkes Neukölln

20.02. Verband kommunaler Unternehmen

Bericht des Vorstandes - 5.Plenum 21.03.2018, Eveline Lämmer, Vorsitzende  
- Es gilt das gesprochene Wort -

22.02. in Kooperation mit dem Sozialpädagogischen Institut Berlin,  
28.02. Jahresempfang des VdK Neukölln  
01.03. Ausschuss für Integration, Arbeit und Soziales  
10.03. 6. Symposium Sport der Älteren der Landessportbünde Berlin und Brandenburg  
12.03. Ausschuss kulturelle Angelegenheiten  
15.03. Expertentagung Altenselbsthilfe Sozialwerk  
20.03. Kongress Armut und Gesundheit  
20.03. Auftaktveranstaltung Mobilitätsbeirat

In Vorbereitung ist unsere Teilnahme am 12. Deutschen Seniorentag am 29.05.2018 in Dortmund.  
Es besteht die Möglichkeit umgehend weitere Interessenten anzumelden.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Eveline Lämmer  
Vorsitzende